

Die Versammlung der nationalliberalen Partei der Provinz Hannover.

Am 19. September hat zu Hannover eine Provinzialversammlung der Mitglieder der nationalliberalen Partei stattgefunden. Die bedeutendste der gehaltenen Reden war die des Herrn von Bennigsen. Dieselbe beweist, daß der Führer der nationalliberalen Partei mit den vor acht Tagen gegebenen Ausführungen der »Provinzial-Correspondenz« sich in wesentlicher Uebereinstimmung befindet.

Die »National-Zeitung« hatte sich gegen den Artikel der »Provinzial-Correspondenz« über »den Gegensatz von liberal und konservativ in Deutschland« gewendet. Dieser Artikel war gegen einen Artikel der »National-Zeitung« über die Unmöglichkeit des Zusammenwirkens von Konservativen und Liberalen gerichtet. Aber der Artikel wendete sich nicht an die von der »National-Zeitung« vertretene Gruppe, sondern an die Nationalliberalen, um den letzteren eine Verständigung mit den National-Konservativen an das Herz zu legen: eine Verständigung, aber nicht eine Abdankung als selbständige politische Partei, was die »National-Zeitung« unrichtig als den Sinn der bezüglichen Ausführung angegeben hat. Die »National-Zeitung« findet in dem Artikel der »Provinzial-Correspondenz« »wenig substantiellen Inhalt« und kann nicht »einsehen, was diese Auslassung bezwecken kann.« Sie bleibt dabei, daß konservativ und liberal Gegensätze seien, von denen der eine weichen muß, wo der andere sich geltend macht. Die »National-Zeitung« verschweigt aber ihren Lesern den Ausgangspunkt der »Provinzial-Correspondenz«. Dieser war und ist nämlich, daß bei der Zersplitterung des Parteilebens in Deutschland und bei der nicht wegzuleugnenden Thatsache, daß eine Reihe der bestehenden Gegensätze sich nicht innerlich mit einander ausgleichen, sondern nur durch die stärkere Hand des Gemeinwesens in den Schranken des nationalen Zusammenlebens gehalten werden können, den nationalgesinnten Parteien das patriotische Gewissen, wenn dessen Stimme gehört wird, unabweißbar vorschreiben muß, »sich nur über sachlich ganz unabweißbare Differenzen zu trennen.« Bei den deutschen Parteiverhältnissen ist wenig Aussicht gegeben, daß eine der vorhandenen, sich immer noch weiter spaltenden Parteien in den großen Vertretungskörpern die Mehrheit für sich erlangen werde. Wenn also nicht einmal diejenigen Parteien zum positiven Zusammenwirken gelangen würden, welche darin einig sind, daß vor Allem der nationale Gedanke der Pflege und praktischen Sicherung in der Fortbildung unserer Institutionen und Gesetze bedürfe, wie sollte dann eine positiv wirkende Mehrheit jemals zu Stande gebracht werden können? Die jetzt gebildete Gruppe, die sich noch keinen Namen gegeben, wird bei dem, laut ihres Programms verfolgten Streben, die Regierung in Abhängigkeit von den Parlamenten zu bringen, den Beistand aller Elemente der immerwährenden Opposition finden. Aber es ist nicht daran zu denken, aus dieser Opposition auch nur vorübergehend eine positiv arbeitende Majorität zu gewinnen.

Wenn die »National-Zeitung« also nicht weiß, was die Auslassung der »Provinzial-Correspondenz« bezweckt hat, so möge wiederholt werden, was für andere Leser wohl deutlich genug gesagt war: daß die »Provinzial-Correspondenz« an die Pflicht der nationalen Konservativen und Liberalen erinnern wollte, ungeachtet ihrer Differenzen auf die Bildung einer positiv arbeitenden Majorität Bedacht zu nehmen. Diese Erinnerung ist durch die allseitig zugestandene Thatsache gerechtfertigt, daß für die Bildung einer solchen Majorität aus anderen Elementen keine Aussicht vorhanden ist. Das Programm der Sezessionisten, sowie die Ausführungen ihrer Blätter, gestehen dies überall zu, indem sie die Wähler zur Schaffung einer die Unterschiede des Liberalismus auslöschenden großen liberalen Partei auffordern. Dem gegenüber hat kürzlich eine Versammlung der Fortschrittspartei in Königsberg sich dahin ausgesprochen: es komme nicht auf die Schaffung einer großen liberalen Partei, sondern nur einer liberalen parlamentarischen Mehrheit an, welche ja aus den verschiedensten Gruppen sich zusammensetzen

könne. Welchen Gruppen dann aber die Führung zuzufallen pflegt, darüber giebt die Geschichte hinlänglichen Aufschluß.

Aus der Rede des Herrn von Bennigsen sind namentlich die Schlusstellen beachtenswerth, welche nach der gleichlautenden Mittheilung verschiedener Blätter hier folgen.

..... »Die Sezession ist vornehmlich erfolgt in den alten preussischen Provinzen, woselbst man noch immer unter dem Einfluß der Konfliktperiode steht. Man betrachtet dort die konservative Partei noch genau so wie vor 15 Jahren. Sollte die Sezession erfolgt sein provinzieller Anschauungen oder provinzieller wirtschaftlicher Interessen wegen, dann dürfte dieselbe allerdings — ich spreche dies aus, ohne den ausgeschiedenen Männern zu nahe zu treten — für die liberale Sache gefährlich werden. Im Laufe der Zeiten erhalten ja politische Parteien eine andere Gestalt. Was wir zur Zeit des National-Vereins als ein in weiter Zukunft liegendes Ideal bezeichneten, die einheitliche Gestaltung Deutschlands, die Aufhebung des alten Bundestages und ein freiheitliches deutsches parlamentarisches Regime, ist längst zur Wahrheit geworden. Durch Kompromisse der gemäßigten liberalen und der gemäßigten konservativen Partei ist es möglich geworden, diejenigen Einrichtungen zu schaffen, deren wir uns seit 1866 in Deutschland erfreuen. Im Uebrigen sind aber die Grundanschauungen der gemäßigten Konservativen von denen der gemäßigten Liberalen so verschieden, daß an eine Verschmelzung dieser beiden Parteien nicht gedacht werden kann. So lange aber eine praktische politische Partei nicht die Mehrheit in der parlamentarischen Körperschaft besitzt, muß sie, wo es geht, zu Kompromissen die Hand bieten. Die Sezessionisten sind fast ausschließlich in den sechs alten Provinzen vertreten. In diesen ist es nicht bekannt, welche Kämpfe wir vor 1866 durchzumachen hatten. Dem Fürsten-Reichskanzler ist es damals gelungen, unsere Ideale mit einem Schlage zu verwirklichen, wiederholt den Frieden zu wahren, Deutschland eine achtunggebietende Stellung unter den Völkern der Erde zu verschaffen; wenn wir nun an der Tradition und Geschichte, die sich an diesen Mann knüpft, festhalten, den Mann achten und ehren, so geben wir damit unsere selbständige Stellung als liberale Partei noch in keiner Weise auf. Es scheinen politische und wirtschaftliche Eigenheiten zu sein, die die treibende Kraft in der Sezession bilden. Dies ist sehr gefährlich. Solche Zustände müssen einem festgefügteten Einheitsstaat verderblich sein, das föderative Deutsche Reich aber sicher in den Abgrund führen. Ist dies der Fall, sind wirklich solche partikularistische auseinanderreibende Tendenzen vorherrschend, so sollte die liberale Partei, die die Reichseinheit auf ihre Fahne geschrieben, in erster Linie sich hüten, sie in ihre eigenen Glieder dringen zu lassen; sie sollte nicht eher den Schutz einer geschlossenen Partei aufgeben, ehe sie nicht etwas Anderes, eben so Tüchtiges an ihre Stelle setzen kann. Die Sezessionisten können heute noch nicht übersehen, wie weit sie getrieben werden. Die Fortschrittspartei ist sichtlich bemüht, sie in immer weitere Opposition zu drängen, und hält ihren rechten Flügel zum Anschluß offen. Ob es ihr gelingen wird, aus der Sezession eine Kräftigung der eigenen Partei erwirken, ist noch nicht abzusehen. Ausgesprochen haben die Sezessionisten ihre Bereitwilligkeit zum Anschluß an die Fortschrittspartei noch nicht; das ist aber sicher: der Weg, den sie beschritten, kann, wider ihren eigenen, ursprünglichen Willen dorthin führen. Einen Grund hierfür haben die Sezessionisten nicht. Wir haben in kurzer Zeit erreicht, was der jugendlichste Idealist noch erst in weiter Ferne erreichbar dachte. Ich behaupte, daß das, was das Programm der Nationalliberalen vereinst wünschte, im Wesentlichen heute erreicht ist. Freilich konnte dies nicht ohne Verständigung mit der Regierung und anderen Parteien geschehen. Mit dem herrschenden Staatsmann hat die nationalliberale Partei kompromittiren müssen und muß sie auch heute noch kompromittiren. Die historische Stellung, die sich Fürst Bismarck erworben, bedeutet eine Macht, die man nicht außer Acht lassen kann. Etwas Thörichteres als das unfruchtbare Ankämpfen der Fortschrittspartei wider diese historische Machtstellung des Kanzlers giebt es nicht. Ist es falsch gewesen,

die Vorlagen des Kanzlers so zu gestalten, um sie möglichst den eigenen Wünschen der Liberalen nahe zu führen? Was wäre ohne die Verständigung mit dem Kanzler und den anderen Parteien aus den Verfassungen des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches geworden? Es ist ein großes Glück für den Liberalismus, daß sich eine so maßvolle historische Größe wie der Kanzler zur Umgestaltung Deutschlands dieselben Ziele gestellt hatte wie der National-Verein, und daß er dafür nicht nur sein persönliches Gewicht, sondern die ganze Macht Preußens in die Waagschale werfen konnte. Erreicht ist die Einheit Deutschlands mit Respektirung der partikularistischen Traditionen, soweit dies zulässig gewesen, erreicht ferner auch durch das Verhältnis zu Oesterreich. Die Klarheit und Sicherheit in der äußeren Politik Bismarck's verschafft ihm ein begründetes Recht auch auf die Unterstützung in allen auch nicht auf die äußere Politik bezüglichen Fragen. Diese Unterstützung ist die nationalliberale Partei zu geben bereit. Sie wird allerdings stets den einzelnen Fall prüfen und sich unabhängig erhalten von der Regierung, anderen Parteien und auch vom Reichskanzler. Speziell in Hannover hätte eine Sezession die größten Gefahren. Wir wollen deshalb hier nach alter niederländischer Art fest und bedächtig ausbarren.»

Die Versammlung nahm bei ihrem Schluß einstimmig eine Resolution an, worin die Sezession bedauert und »als Pflicht der nationalliberalen Partei anerkannt wird, dem bisher seine Ziele unverrückt festhaltenden Parteiverbände treu zu bleiben und dafür einzutreten, daß derselbe in seinem gegenwärtigen Bestande und seiner nach allen Seiten unabhängigen Stellung erhalten werde.« Dieser Resolution wurde auf Antrag des Oberbürgermeisters Grumbrecht der Zusatz gegeben und einstimmig angenommen: »In dieser Anschauung erklärt die Versammlung ihr unerschütterliches Vertrauen zu der bewährten Führung des Herrn Rudolf v. Bennigsen.«

Unser Kaiser und unsere Kaiserin geleiteten am Dienstag, 14. September, nach dem Manöver die kaiserlichen Gäste nach Potsdam zu einer Rundfahrt durch die königlichen Gärten, an welche sich ein Gastmahl bei den Majestäten in Babelsberg schloß.

Nach Beendigung der Manöver hat der Kaiser an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg nachstehenden Kabinettsbefehl erlassen:

Es gereicht Mir zur besonderen Befriedigung, den Kreisen und Ortschaften der Provinz Brandenburg, welchen in diesem Jahre durch die größeren Uebungen des Garde-Korps und des III. Armee-Korps eine vermehrte Einquartierungslast auferlegt worden ist, Meine dankende Anerkennung für die durchgehend gute und entgegenkommende Aufnahme der Truppen aussprechen zu können. Ich ersuche Sie, dies der Provinz bekannt zu machen.

Berlin, den 18. September 1880.

W i l h e l m.

An den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg.

Der Kaiser, welcher beabsichtigt hatte, sich am Anfang dieser Woche nach Schloß Brühl zu begeben und von dort aus den Uebungen der rheinischen Kavallerie-Division beizuwohnen, ist an der Ausführung dieser Reise durch ein leichtes Unwohlsein verhindert worden. Das Befinden giebt indeß zu keiner Besorgniß Veranlassung und ist bereits in der Besserung begriffen.

Der Kaiser beabsichtigt nunmehr, am 28. d. M. sich nach Baden-Baden zu begeben, von wo aus die Reise nach Köln zur Domfeier erfolgen wird.

Unsere Kaiserin wohnte am 15. September der kirchlichen Einsegnung der Neubauten bei, welche aus den zur goldenen Hochzeit gewidmeten Gaben im Augusta-Hospital und in der Kaiserin-Augusta-Stiftung zu Charlottenburg errichtet worden sind.

Am 16. September Abends ist die Kaiserin nach Baden-Baden gereist.

Unsere Kaiserin hat an den Centralausschuß der Deutschen Vereine vom Rothen Kreuz das nachfolgende Schreiben gerichtet:

Ich habe den Rechenschaftsbericht des Centralcomité der Deutschen Vereine vom Rothen Kreuz über die Zeit von 1872—1880 mit der warmen Theilnahme entgegen genommen, mit der Ich seine Thätigkeit in diesen acht Jahren begleitete.

War Mir in Folge dessen auch das Meiste von seinem Inhalte nicht unbekannt geblieben, so gab Mir doch dieser zusammenfassende Rückblick auf eine längere Reihe von Jahren ein besonders anschauliches Bild dessen, was einerseits anerkennenswerthe Hingebung für die gute Sache erreicht hat, was andererseits in der Zukunft noch erstrebt werden soll. Ohne eingehen zu können auf die Einzelheiten dieses fortschreitenden Entwicklungsganges muß Ich mit Genugthuung als denselben bezeichnend hervorheben: opferfreudige Vaterlandsliebe, verbindende Gemeinschaft mit gleichgesinnten Bestrebungen, internationale Solidarität des Rothen Kreuzes im Dienste der Humanität. Diese Grundlage bleibe stets erhalten, das walte Gott!

Entstanden durch die ersten Anforderungen einer unvergeßlich großen Zeit, bewährt und befestigt durch einsichtsvolle, andauernde Arbeit, schreitet ihre Vereinigung vor in Erfüllung ihrer hohen, nationalen Aufgabe, und so wird auch die demnächstige Beratung des zweiten Vereinstages, über die beste Sicherung der den Vereinen im Kriegsfall künftig zufallenden Leistungen durch ihre jetzige Friedensthätigkeit, eine wichtige Stufe bezeichnen auf dem eingeschlagenen Wege zu immer weiterer Vervollkommnung.

Mit diesem Blick in die Zukunft verbinde Ich unmittelbar für alles in der Vergangenheit geleistete erneuten Dank und die Versicherung, daß Ich mit wahrer Freude Ihnen stets Meinen Schutz und Meine Mitwirkung gewähren werde.

Berlin, den 10. September 1880.

Augusta.

Unser Kronprinz und unsere Kronprinzessin bewirtheten am 15. September im Neuen Palais den Kronprinzen Rudolf von Oesterreich-Ungarn. Die Kaiserin beehrte das Gastmahl mit ihrer Gegenwart.

Unser Kronprinz beehrte am 17. September den österreichisch-ungarischen Botschafter beim Mittagmahl, speiste am 18. September bei dem Kronprinzen von Oesterreich-Ungarn, Erzherzog Rudolf, im königlichen Schloß und begleitete alsdann den erlauchten, mit den herzlichsten Freundschaftsbezeugungen des Kaisers und des königlichen Hauses geehrten Gast zur Abreise nach Wien auf den Anhalter Bahnhof.

Am 19. September Abends reiste der Kronprinz nach Schloß Brühl zur Besichtigung der Uebungen der rheinischen Kavallerie-Division ab.

Von Seite der Stadt Köln ist die Veranstaltung weiterer Festlichkeiten aus Anlaß der Feier am 15. Oktober in Aussicht genommen und die Stadt hatte an die kaiserlichen Majestäten die Bitte gerichtet, auch diese Festlichkeiten mit ihrer Gegenwart zu beehren. Darauf ist aus dem Hofmarschallamt an den Ober-Bürgermeister von Köln nachstehendes Schreiben ergangen:

»Ew. Hochwohlgeboren sehr gefällige Zuschrift vom 7. d. Mts. habe ich Ihren kaiserlichen und königlichen Majestäten vorzulegen Anlaß genommen und demzufolge zuvörderst den Allerhöchsten Dank Ihrer Majestäten für die dadurch kundgegebene freundliche Absicht der Stadt Köln hiermit auszusprechen. Indem ich dieses Allerhöchsten Auftrages mich entledige, beehre ich mich, in gleicher Veranlassung ganz ergebenst hinzuzufügen, wie Ihre Majestäten mit Vergnügen davon Kenntniß genommen haben, daß die Stadt noch durch weitere Festlichkeiten die Donaubauvöllendung zu feiern beabsichtigt, woran Allerhöchstdieselben gerne theilnehmen möchten. Ihre Majestäten bedauern jedoch, durch persönliche Umstände genöthigt zu sein, darauf für Allerhöchsthre Personen verzichten zu müssen. Nur zur Feier am 15. Oktober vermögen Ihre Majestäten nach Köln zu kommen, und wahrscheinlich schon in der folgenden Nacht wird von Brühl aus die Rückkehr nach Baden erfolgen, da E. Majestät der Kaiser über die nachstfolgenden Tage anderweit haben disponiren müssen, und damit Ihre Majestät die Kaiserin und Königin die der Feier wegen unterbrochene Brunnenkur nicht zu lange aussetzen gezwungen sind. Ew. Hochwohlgeboren darf ich bitten, hiervon der Stadtverordneten-Versammlung die geeignete Mittheilung machen zu wollen. Graf Bücker.«

Der Kaiser hat den Präsidenten des Staats-Ministeriums, Fürsten von Bismarck, zugleich zum Minister für Handel und Gewerbe und den Ober-Präsidenten von Bötticher zum Staats-Sekretär des Innern für das Reich und gleichzeitig zum preussischen Staats-Minister und Mitglied des Staats-Ministeriums ernannt.